NORDRHEIN-WESTFALEN

„Wir sind Opposition“

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Der Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke im Düsseldorfer Landtag, Wolfgang Zimmermann, 60, über die Abschaffung von Studiengebühren und die Strategie seiner Partei

SPIEGEL: Herr Zimmermann, wegen der ablehnenden Haltung Ihrer Fraktion hat die rot-grüne Minderheitsregierung in NRW die Abstimmung über die Abschaffung der Studiengebühren verschieben müssen. Warum hat Die Linke der neuen Koalition unbedingt einen Fehlstart bescheren wollen?
Zimmermann: Das ist so nicht richtig. SPD und Grüne haben eingesehen, dass wir erst noch in den Ausschüssen intensiv miteinander sprechen müssen. Unsere Partei hat den Studierenden die sofortige Abschaffung der Studiengebühren versprochen – und das wollen wir umsetzen. SPD und Grüne möchten die Gebühren erst zum Wintersemester 2011 kippen. Sie waren nicht kompromissbereit, als wir sogar bereit waren, die Gebühren erst zum Sommersemester 2011 abzuschaffen. Wir sind Opposition. Wir winken im Parlament nichts durch, nur weil es von SPD und Grünen kommt.
SPIEGEL: Gilt das auch in Zukunft?
Zimmermann: Ja, sicher. Wir wollten Schwarz-Gelb verhindern. Das haben wir getan, indem wir der neuen SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ins Amt geholfen haben. Aber wir werden für SPD und Grüne nicht per se als Mehrheitsbeschaffer bereitstehen. Wir stehen in erster Linie für eigene Initiativen – im Interesse von Arbeitnehmern, Erwerbslosen, Schülern und Studierenden.
SPIEGEL: Und wie erklären Sie Studenten, dass die Studiengebühren dank der Linken nun erst mal bleiben?
Zimmermann: Das haben wir bereits erklärt – unser Vorgehen war mit Vertretern der Studierenden abgesprochen. Genau so werden wir weitermachen: Unsere Arbeitsmarktpolitik werden wir mit Gewerkschaften und Erwerbslosen abstimmen, unsere Bildungspolitik mit Schüler- und Studierendenvertretern.
SPIEGEL: Und den nächsten Haushalt wird Die Linke ablehnen, sobald er Kürzungen für irgendeine Ihrer vielen Interessengruppen vorsieht?
Zimmermann: Das werden wir sehen. Wir gehen davon aus, dass SPD und Grüne von jetzt an frühzeitiger mit uns reden werden. Fakt ist: Personalabbau und Sozialabbau werden mit uns nicht zu machen sein.

AFGHANISTAN

Caritas verweigert sich Niebels Forderung

Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel droht eine politische Pleite in der Afghanistan-Politik. Deutsche Nichtregierungsorganisationen wie die Caritas lehnen die von dem FDP-Politiker geforderte Zusammenarbeit mit der Bundeswehr ab – nur unter dieser Bedingung hatte Niebels Ministerium Hilfsgelder in zweistelliger Millionenhöhe vergeben wollen. Damit steht das von der Bundesregierung propagierte Konzept der vernetzten Sicherheit in Afghanistan vor dem Scheitern. Der Verband Venro – ein Zusammenschluss deutscher Nichtregierungsorganisationen – erklärte, die Hilfsorganisationen wollten ihre Arbeit nicht wie verlangt mit der Bundeswehr enger verzahnen, weil dies vorrangig der Durchsetzung sicherheitspolitischer Ziele diene. Zudem seien die Venro-Mitglieder „keine Durchführungsorganisationen der Regierung“. Niebel besteht jedoch darauf, dass sich die Helfer dem Konzept der Bundesregierung unterordnen. Der Venro-Vorsitzende Ulrich Post klagt: „Unsere Mitgliedsorganisationen fühlen sich erpresst.“

KNUT MUELLER

Deutsches Straßenbauprojekt in Afghanistan

SICHERUNGSVERWAHRUNG

Polizei-Überwachung illegal?

Die Rund-um-die-Uhr-Observation von Ex-Häftlingen, die nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus der Sicherungsverwahrung entlassen werden mussten, wird nach Ansicht des hessischen Innenministers Volker Bouffier (CDU) nicht durch Gesetze gedeckt. Die „ständige Überwachung eines solchen potentiellen Täters findet im geltenden Recht keine Grundlage“ und sei deshalb „rechtlich höchst fragwürdig“, schrieb Bouffier in einem Brief an Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP); es bedürfe „keiner breiten Ausführung, dass ein solcher Zustand untragbar ist“. Damit stellt Bouffier das Vorgehen der Polizei unter anderem in Saarbrücken und in Heinsberg in Frage, wo Ex-Häftlinge ununterbrochen überwacht werden, um weitere Straftaten zu verhindern. Auch deshalb plädiert Bouffier gegen einen Gesetzentwurf der Ministerin, der die nachträgliche Sicherungsverwahrung abschaffen will. In einem Antwortschreiben weist Leutheusser-Schnarrenberger darauf hin, dass die Frage der Sicherungsverwahrung künftig zwar schon im Gerichtsurteil behandelt werden müsse. Es bestehe dabei aber die Möglichkeit, sich im Urteil eine Sicherungsverwahrung vorzubehalten – und die Entscheidung darüber bis an das Ende der Strafe zu verschieben. Im Übrigen werde die Neuregelung nur für künftige Fälle gelten. Wer jetzt schon in nachträglicher Sicherungsverwahrung sitze, bleibe es auch. „Schutzlücken werden hierdurch vermieden“, heißt es daher in dem Brief der Ministerin.